

# Riesner Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger). Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großschönheim, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riessa, sowie den Gemeinderat Gröbja.

N. 156.

Donnerstag, 8. Juli 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühren, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitüberdauernde und tabellarische Anzeigen gesondert. Zusätzliche, Nachdruckungs- und Vermittlungsgebühren 30 Pf. Beste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch der Druckerei, der Anzeigen- oder der Verlagsanstalt in Anspruch genommen wird. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Anzeigen- oder der Verlagsanstalt — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. v. Tschirg, Riessa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riessa.

### Fleischversorgung in der Woche vom 5.—11. Juli 1920.

Auf die Fleischkarte Marke W erhalten auf die Marken 1—10 bzw. 1—5: Personen über 6 Jahre bis 180 gr. Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbällchen und 100 gr. amerikanisches Speck, Personen unter 6 Jahre bis 90 gr. Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbällchen und 50 gr. amerikanisches Speck.

Der Preis beträgt bei:

Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbällchen	10.25 Mt.
Kalbfleisch	10.40 Mt.
Amerik. Speck	11.75 Mt.

Großschönheim, am 6. Juli 1920.  
Die Amtshauptmannschaft.

mittags vor 7 Uhr und nachmittags nach 6 Uhr begoffen werden. Die Durchführung dieser angeordneten Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden. Die Durchführung dieser Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden. Die Durchführung dieser Maßnahme wird durch Beauftragte überwacht werden.

### Ausgabe der Spiritusmarken in Gröbja.

Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags von 10—11 Uhr werden im Gemeindevorstand, Zimmer Nr. 6, die Spiritusmarken für Kinder im Alter bis zu einem Jahr auszugeben und zwar nur für solche, die Bahnhofsstraße, Weißer Straße, Malchenhausstraße, Elbweg, Rauchhauer Straße, An der Ueberlandstraße, Schloßstraße, Weststraße und Riesner Straße wohnen.

**Pferdefleischverkauf bei Herrn Albert Wehlhorn in Gröbja**  
am Freitag, den 9. Juli 1920, vormittags von 10—12 Uhr auf die Nummern 901—2000 der roten Ausweisarten.

**Freitag, den 9. Juli 1920, abends 8 Uhr öffentliche Gemeindevorstandssitzung im Gasthof Seidenweg, Tauschordnungsbauat.**  
Weid a bei Riessa, am 8. Juli 1920.  
Der Gemeindevorstand.

**Holzversteigerung, Neudnitzer Staatsforstrevier**  
in Försting's Gasthaus auf dem Neudnitz, Mittwoch, d. 14. Juli, 11 Uhr: 4109 K. Röhle 10.91 cm, 774 K. Terbhanen 8.15 cm, 1286 K. Kristhangen 4.7 cm. Durchforschungen Amt 22, 36, 74, 76, 77, Einzelhölzer Abt. 1—48. Forstrevierverwaltung Neudnitz. Forstrentamt Grimma.

### Die Verhandlungen in Spa.

Das Ultimatum Lloyd Georges.  
In Spa, 8. Juli. Die französischen Verhandlungen der Konferenz von Spa hatten am Dienstag einen unerwarteten und für Deutschland nicht sehr ermutigenden Anfang genommen. Die bekannt, hatte sich der Reichswehrminister Dr. Gessler zunächst der deutschen Verhandlung nicht angeschlossen, anschließend mit Rücksicht auf seinen Standpunkt in der Frage der Verminderung unserer Wehrmacht, den er schon früher nicht offiziell abgelehnt hatte. Er hatte darauf angedeutet, daß es ihm kaum möglich sein würde, in die von der Entente verlangte Herabsetzung unserer Wehrmacht auf einen Bestand, der für den Schutz der Heimat nicht ausreichend sei, einzustimmen. Wollte, daß Dr. Gessler die Verhandlungen in Spa durch die Darlegung dieses Standpunktes angängig zu beeinflussen fürchte und daß er es deshalb vorgezogen, zu dem zu verbleiben. Dem machten aber die Alliierten einen Eintrag durch die Forderung ihrer Wehrmachtsforderungen verlaunten. Die Rede des nach Spa berufenen Dr. Gessler hat denn auch offenbar die von ihm erwartete Wirkung gehabt und es schien sogar einen Augenblick, als ob die Konferenz gleich am Anfang am Jahres Ende nehmen würde. Lloyd George begrüßte sich aber dann mit einer Art Ultimatum, indem er genaue Zahlen verlangte.

einen Schauer herbringen müße, daß drei Millionen Gewehr- und zahlreiches Material im Land zurückbleibe. Er würde jedenfalls einen solchen Zustand nicht drei Tage dulden. Die deutsche Regierung habe jetzt Gelegenheit, einen Beweis ihrer Macht zu liefern. Die Zeit von 14 Jahren lehnte Lloyd George ab und erklärte die äußerste Frist sei eine Verlängerung um drei Monate. In der morgigen Sitzung wird der Verband hierfür eine endgültige Antwort erteilen. Von der deutschen Regierung erwartet man jetzt, daß sie den Besitz von Waffen durch Geßel unter strengste Strafe stellt. Außenminister Simons erwiderte auf diese Rede des englischen Ministerpräsidenten. Er stimmt mit ihm darin überein, daß der gegenwärtige Zustand in Durdau und voller Gefahren sei. Inwiefern sei die deutsche Regierung durch den verlorenen Krieg und die Revolution in ihrer Macht beschränkt. Ueberdies sei es selbst der starken englischen Regierung bis in die letzte Zeit hinein nicht möglich gewesen, gewisse Entlohnungen vorzunehmen. Simons schloß seine Ausführungen, indem er nochmals die Notwendigkeit einer längeren Frist für die Durchfuhrung der geplanten Maßnahmen betonte. Die Sitzung wurde daraufhin auf morgen vertagt.

**Konferenzen Milerands.**  
Milerand empfing gestern nachmittags die amerikanischen Journalisten. Er hat in seinem Gespräch mit ihnen ausgedrückt, daß er die Bedeutung der Verhandlungen nicht in der Frage sehe, ob die Deutschen nachgeben oder nicht, sondern darin, daß die Einigkeit zwischen den Alliierten ihre Probe anzunehmen haben. — Bei einer Unterhaltung mit französischen Journalisten hat Milerand auch eine Charakteristik der deutschen Telegraphen gegeben. Er schildert den Reichswehrminister als einen Mann von gutem Willen, den Außenminister einen sehr gewissen Diplomaten; Fremden macht den Eindruck eines guten Sachverwalters, der bei Gelegenheit seine Verärgerung zeigen könne.  
**Verlesung der Konferenz?**  
In Ententezeit verläutet, daß im Hinblick auf die ersten Hauptberatungen die Konferenz später nach Spa verlegt werden soll. Inzwischen werden die Kommissionen verhandeln. Die Idee wird Milerand mitgeteilt; Spa soll ihn unterhalten.

**Dr. Simons über die Dienstag-Sitzung.**  
Minister Simons empfing vorgestern abend die deutschen Pressevertreter und berichtete ihnen über den Verlauf der Sitzung und seine Eindrücke. Und betonte, daß die Konferenz auf keinen Fall an dem sofortigen Willen der Deutschen scheitern würde. Diese würden bis zur Grenze des Entgegenkommens gehen, um zu einer zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Es scheint, daß Lloyd George keineswegs unverändert ist, er hätte am Dienstag mindestens zweimal die Gelegenheit gehabt, die Konferenz zu verlassen, hat sie aber nicht ausgenutzt. Auch der Belgier Delacroix ist auf die Geduld des Ministers Dr. Simons bereitwillig eingegangen.

**Der gestrige Konferenz.**  
Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ meldet: Die gestrige Sitzung habe die Erwartung der Optimisten teilweise bestätigt. Es ist von deutscher Seite sofort mit Laufen und bestimmten Vorschlägen begonnen worden. Nur Simons und Seeger haben gesprochen. Seeger hat den richtigen Ton angetönt. Die Lebhaftigkeit der Besprechung hat der Sachlichkeit der Verhandlungen keinen Abbruch getan. Das vorgelegte Gewitter hat Klarheit geschaffen. Aus dem amtlichen Bericht geht hervor, daß durchaus in der Plenarsitzung der Punkt erreicht worden ist, um die ganze Angelegenheit zur Überweisung an eine Kommission von Sachverständigen reif zu machen. Diese Kommission sollte gestern abend zusammentreten. Dort werden sich Dr. Gessler, Simons, Seeger und andere Militärbevollmächtigte über nähere Einzelheiten bestimmen. Alle taktischen Fragen sind ihnen jetzt vorbehalten. Bis heute mittag 12 Uhr muß ein gemeinsamer Vorschlag der Kommission der Plenarsitzung vorgelegt werden. — Ich habe den Eindruck, daß nunmehr die Verhandlungen auf gutem Wege sind. Man erzählt mir, daß Lloyd George sich nach den Verhandlungen für sehr befriedigt erklärt hat. Es seien nun bestimmte Zahlen und Tatsachen genannt worden. Es liegen nun die gewünschten bestimmten Vorschläge vor. Vorgehen habe ich nur Negatives gehört. Ich glaube jetzt, daß wir weiter kommen werden. Lloyd George war zu Beginn der Sitzung nicht mehr absolut eilig. Er kam als letzter und nicht beim Eintritt Simons und Delacroix gehend zu.

**Keine Einigung über die Verteilung.**  
Der Berichterstatter des „Tagesbl.“ in Spa bestätigt, was man fast schon vermutete. Er bezeichnet es als unrichtig, daß die Einigung über die Verteilung der deutschen Zahlungen schon erzielt sei. Belgien war am 24. Juni 1919 ein Vorkaufsrecht über 2% Milliarden Goldfrancs auf die deutschen Zahlungen erworben worden, um es zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages zu bewegen. Jetzt soll dieses Vorrecht beschränkt werden. Ferner stellen die Italiener mehr Forderungen. Der französische Finanzminister war von den Verhandlungen nach Paris gekommen und führte gestern nach Spa zurück.  
Wie verlautet, hat Lloyd George der belgischen Regierung einen neuen Vorschlag mit Bezug auf den Anteil Belgiens an der deutschen Entschädigungsumme unterbreitet, der aber bei der belgischen Regierung Unruhe hervorgerufen haben soll. Belgien soll als Gegenleistung für die Erhöhung seines prozentualen Anteils auf 8%, ganz oder teilweise auf seinen Anteil an den ersten von Deutschland zu zahlenden 2% Milliarden Francs verzichten. Der Vorschlag Lloyd Georges wird damit gerechtfertigt, daß eine Sicherheit für die zu schaffende internationale Anleihe geschaffen werden müsse.

### Die Sitzung am 7. Juli.

Spa, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter des Telegraphen-Union meldet: Im Beginn der heutigen Sitzung sprach Reichsminister Gessler über sein Bedauern darüber aus, daß angesichts der Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage die Gegenstände nicht damit einverstanden sei, die militärischen Fragen im Zusammenhang zu betrachten. Er teilte jedoch mit, daß die deutschen Delegierten entschlossen seien, die Wünsche der Alliierten nach Fortsetzung bestimmter Vorschläge in der Entwaffnungsfrage zu erfüllen. Minister Simons wies darauf hin, daß Deutschland hoffen dürfte, auch seinerseits gewisse Erwartungen erfüllt zu sehen. Zunächst dürfe die Entwaffnungsfrage nicht im ganzen Reichsgebiet gleichzeitig vorgenommen werden. Sodann werde es notwendig sein, daß die Alliierten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Deutschland Unterstützung angeboten lassen. Ferner werde man auf deutscher Seite die Erwartung, daß der Verband der Bemühungen Deutschlands, den Waffenstillstand in den besetzten Gebieten zu unterbinden, unterstützen werde. General von Seeger schloß hierauf an der Hand umfangreicher, statistischer Materialien, dessen amtlichen Charakter er einer Frage Lloyd Georges gegenüber betonte, den gegenwärtigen Stand der Entwaffnung sowie der Fortschritte des Materials. Er betonte, daß ein Zeitraum von 14 Jahren notwendig sei und zwar so, daß vom 1. Oktober 1920 ab einschließlich 10.000, später einschließlich 20.000 Mann entlassen werden und in demselben Maße die Wehrmacht herabgesetzt werde. Gewisse Einrichtungen sollen mit den militärischen Sachverständigen auf der Gegenüber der Entente beraten werden. Nach der Unterbrechung betonte Lloyd George in längerer Rede, daß den Forderungen der Alliierten nicht ein Widerspruch gegen die gegenwärtige deutsche Regierung entgegenstehe. Er habe jedoch eine gewisse Bedenken, die der deutschen Regierung

**Zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen.**  
Der Deutsche Schulbund teilt mit: Zahlreiche stimmberechtigte Ost- und Westpreußen im Reichstimmern sind trotz dringlicher Mahnungen noch immer nicht in den Besitz der Abstimmungsunterlagen gelangt, die in den Delegierten von deutsch-polnischen Abstimmungskommissionen — und nicht wie vielfach irrümlisch angenommen wird, vom Deutschen Schulbund — ausgestellt werden. In diesen Fällen ist festgestellt, daß gerade diejenigen Kommissionen mit der Aufstellung der Ausweise noch immer im Rückstande sind, deren Vorsitzender ein Pole ist. Andererseits ist einwandfrei festgestellt, daß aus den gleichen Orten

**Zur Abstimmung in Ost- und Westpreußen.**  
Der Deutsche Schulbund teilt mit: Zahlreiche stimmberechtigte Ost- und Westpreußen im Reichstimmern sind trotz dringlicher Mahnungen noch immer nicht in den Besitz der Abstimmungsunterlagen gelangt, die in den Delegierten von deutsch-polnischen Abstimmungskommissionen — und nicht wie vielfach irrümlisch angenommen wird, vom Deutschen Schulbund — ausgestellt werden. In diesen Fällen ist festgestellt, daß gerade diejenigen Kommissionen mit der Aufstellung der Ausweise noch immer im Rückstande sind, deren Vorsitzender ein Pole ist. Andererseits ist einwandfrei festgestellt, daß aus den gleichen Orten